Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 13 (1921)

Heft: 9

Artikel: Polemisches

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-351454

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Siehe Rechtliche Hinweise.

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. Voir Informations légales.

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. See Legal notice.

Download PDF: 19.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Die Folgen dieser Verhältnisse sind nicht ausgeblieben. Verglichen mit den Arbeitsbedingungen in den andern Industrieländern, ist die Arbeiterschaft in Frankreich zurückgeblieben. Wohl wurden schwere Kämpfe geführt, es konnten aber die Errungenschaften in vielen Fällen nicht festgehalten werden, weil es am nötigen Kitt innerhalb der Gewerkschaften fehlte.

Der Verkünder der neuen Heilslehre im «Gemeinde- und Staatsarbeiter» schreibt: «Im Syndikat gilt nicht die grosse Masse, das Quantum, dafür gilt der einzelne als Persönlichkeit, es gilt die Qualität.» Sehen wir uns die Sache etwas näher an. In Deutschland, in den skandinavischen Ländern, in England usw. gilt also die grosse Masse, in Frankreich das Individuum, das zur Geltung kommt. Das klingt reichlich stirnerisch. Wo hat aber wohl der intelligent Veranlagte, der schneidige Kämpfer, der organisatorisch Befähigte mehr Möglichkeiten, seine Fähigkeiten zur Geltung zu bringen, im stagnierenden autonomen Ortsverein der kleinen Zahl, oder in der grossen Verbandssektion? Der autonome Ortsverein, wenn es sich nicht gerade um einen solchen im grossen Zentrum handelt, wird kaum oft in die Lage kommen, von seiner Autonomie Gebrauch zu machen. Diese ist mehr nur ein Schatz, vom Drachen des Misstrauens bewacht. Anders in einer grossen Verbandssektion mit ausgebautem Verwaltungs- und Organisationsapparat. Da gilt es sich zu regen und immer wieder neue Formen zu suchen, um nicht ins bureaukratische Fahrwasser zu kommen. Da tauchen in den Vorständen, Vertrauensmänner- und Gruppenversammlungen immer wieder neue Probleme auf.

Es soll niemand nahe getreten werden, aber darüber besteht doch gewiss kein Zweifel, dass, wenn man die Entwicklung des Gewerkschaftsgedankens in seinen modernsten Formen kennen lernen will, man nicht nach Frankreich geht. Es ist kein Geheimnis, dass die tüchtigsten und bewährtesten Gewerkschafter in Frankreich, wie Merrheim, es als ein Unglück für die französische Bewegung betrachten, dass sie nicht in zentralistische Bahnen zu bringen ist. Nie wäre es möglich gewesen, dass die Gesamtmitgliederzahl aller Gewerkschaften des Landes trotz der inneren Auseinandersetzung innert kurzer Zeit von 1½—2 Millionen auf 900,000 Mitglieder hätte zurücksinken können, wenn sie einen zentralistischen Aufbau hätten, der ihnen den nötigen Rückhalt böte.

Auch die abweisende Stellung der französischen Gewerkschaften gegenüber dem Parlamentarismus scheint zu imponieren. Aber auch das hat seine besonderen Gründe. Infolge der langjährigen Zersplitterung innerhalb der politischen Arbeiterbewegung in Frankreich war es den Gewerkschaften gar nicht möglich, sich an eine politische Partei anzulehnen, weil sonst sofort der Streit der Richtungen entbrannt wäre. In früheren Zeiten besassen zudem die anarchistischen Elemente in den Gewerkschaften starken Einfluss und die waren grundsätzlich gegen jede parlamentarische Betätigung .

Am allerwenigsten wäre nun die politische Abstinenz in einer Organisation verständlich, die ihre Kämpfe fast ausschliesslich auf politischem Boden auszufechten hat, wie das z. B. beim Gemeinde- und Staatsarbeiterverband der Fall ist.

Wir wollen nun gerne annehmen, dass es sich um eine Diskussion ganz akademischen Charakters handelt, was ja insoweit nichts schadet, als den Mitgliedern Gelegenheit geboten werden soll, auch kennen zu lernen, was in den Gewerkschaften jenseits der Grenzen vor sich geht. Wir glauben aber, nachgewiesen zu haben, dass der Syndikalismus, der auch in der Schweiz nicht unbekannt ist, den die meisten Gewerkschaften in den verschiedensten Varianten als Kinderkrankheit durchgemacht haben, dessen Nachteile sie in vollem Masse ausgekostet, von dessen Vorteilen sie wenig verspürt haben, nicht die Organisationsform der Zukunft sein kann, dass er vielmehr die Organisationsform einer Zeit und von Verhältnissen war, die hinter uns liegen.

Sollte der ernstliche Versuch unternommen werden, für den Syndikalismus, das andere Extrem der Einheitsfront, eine neue Propagandakampagne einzuleiten, so appellieren wir an die alten Gewerkschafter, die den Syndikalismus aus eigener Erfahrung kennen, diesen alten Ladenhüter entschieden abzulehnen.

Polemisches.

V. S. K. und Gewerkschaftsbund. In Beantwortung der Anträge des Trimbacher Ausschusses zum Gewerkschaftskongress haben wir unter anderem geschrieben: «Die Heranziehung der Genossenschaften wird nur in wenigen Fällen möglich sein. Die ältern Genossen unter den Initianten dürften wissen, dass von seiten des Bundeskomitees seit 1910 versucht worden ist, in ein organisatorisches Verhältnis zum V. S. K. zu gelangen. Diese Bestrebungen scheiterten bisher an der ‚Neutralität' der Konsumgenossenschaftsbewegung.»

Dem «Schweiz. Konsumverein» liegen diese paar Sätze nicht recht. Er hört ein leises Bedauern heraus, als ob das Bundeskomitee gerne bereit wäre, den Kommunisten zuliebe etwa die Genossenschaften ans Messer zu liefern. In Wirklichkeit haben wir nur konstatiert, dass unsere Bemühungen seit Jahren in dieser Richtung sich bewegten, ohne dass ein greifbares Resultat zu erzielen war. Es ist möglich, dass die Verbandsvereine am Scheitern des Uebereinkommens ein grösseres «Verdienst» haben als die Verwaltung des V. S. K.; doch auch diesem war es nicht darum zu tun, mit dem Gewerkschaftsbund in näheren Kontakt zu kommen. Der Gewerkschaftsbund hat die Leitung des V. S. K. früher regelmässig zu seinen Kongressen eingeladen, ohne dass der Einladung auch nur ein einziges Mal Folge gegeben worden wäre. Eine direkte Anregung, diese Einladungen gegenseitig regelmässig erfolgen zu lassen, wurde ziemlich kühl abgelehnt. Wir erwähnen das, weil auf dem internationalen Genossenschaftskongress in Basel eine Vertretung des Internationalen Gewerkschaftsbundes zugegen war.

Wenn das Bundeskomitee sich erlaubt hat, das Wort Neutralität in Gänsefüsschen zu setzen, womit angedeutet werde, dass die wirkliche Neutralität fehle, so hat der «Konsumverein» in der Tat nicht weit neben das Ziel geschossen. Gerade die bürgerliche Einstellung vieler Konsumgenossenschaftsleiter auf dem Lande und die politische Indifferenz vieler Genossenschafter war es ja, die den Abschluss eines Uebereinkommens zwischen Gewerkschaftsbund und V. S. K. verhinderten. Trotzdem, die Gewerkschaften gingen immer noch einen Schritt weiter. Sie propagierten je und je den Anschluss ihrer Mitglieder an die Konsumgenossenschaften in Wort und Schrift. Den Genossenschaften aber verbot es die «Neutralität» ihren Mitgliedern gegenüber, für den Anschluss an die Gewerkschaften Propaganda zu machen.

Es hat nie jemand verlangt, dass der V. S. K. sich dem Gewerkschaftsbund mit Haut und Haaren ausliefere. Auch der Gewerkschaftsbund befürchtet nicht, durch ein Abkommen zu einer Filiale des V. S. K. zu werden.

Im übrigen liegt es in der Natur der Sache, ist es bedingt durch die Verschiedenheit der programmatischen Aufgaben, an deren Lösung die beiden Organisationen sich betätigen, dass die Handlungsfähigkeit bei-

der aufrechterhalten werden muss und gemeinsame Aktionen immer nur das Werk freier Verständigung sein können. Ein anderer Weg wäre für den Gewerkschaftsbund so ungangbar wie für den V. S. K.

Der Kampf gegen die Zölle. Seit 1. Juli 1921 sind die neuen Zölle in Kraft und schon machen sich deren verhängnisvollen Wirkungen in einer Versteifung der Preise bemerkbar. Der Kampfruf gegen die Zölle, für eine Initiative zur Aufhebung der Zuschläge findet daher in den Konsumentenkreisen lebhaften Widerhall. Die Initiativbogen sind noch nicht in Zirkulation, aber schon ruft die Bauernzeitung zum Sturm. Sie droht den Angestellten mit der Sabotage jeglicher Sozialpolitik, als ob es bisher nicht schon die Bauernvertreter gewesen wären, die jedem Fortschritt ein Bein gestellt haben.

Wenn das Bauernsekretariat sein altes Klischee von den staatszerstörenden und den staatserhaltenden Parteien hervorholt, so macht das keinen Eindruck mehr, weiss doch längst jedermann, dass die Fülle des eigenen Portemonnaies stets das Kriterium von staatserhaltend und die Wünsche der Ausgebeuteten stets das von staatszerstörend sind.

Der Professor Moos schreibt selber: «Den Schutz verlangt jeder für sich, und abbauen sollen alle andern. Diese Erscheinung ist wirklich eine herrliche Blüte des vielgerühmten modernen sozialen Empfindens.»

Allerdings, Herr Professor, wie kann sich ein gelehrter Mann selber derart ohrfeigen. Der Arbeiter, auf dessen Verlangen die Grenzen gegen ausländische Arbeitskräfte gesperrt seien, beharre erpresserisch auf den hohen Kriegslöhnen. Aber auch die Gewerbetreibenden halten mit einer Zähigkeit die Kriegstarife hoch, die zu ihrem eigenen Ruin führen müssen. Einzig die Bauern sind die Idealisten. Sie verschenken Milch, Käse und Eier und begnügen sich mit einem bescheidenen Zollzuschlag.

Es ist ein Skandal, wie die Bauern von diesen Herren Professoren verhetzt werden. Wer daher, wie es am Schlusse eines Aufrufes heisst, «das Wohl des Schweizervolkes, den sozialen Frieden, die ruhige Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und das Glück des Vaterlandes» will, der weise diesen falschen Propheten und Verhetzern des Bauernvolkes die Türe.

Internationaler Metallarbeiterkongress.

In Luzern fand vom 8. bis 11. August der 9. Kongress des Internationalen Metallarbeiter-Bundes statt unter Teilnahme von 56 Delegierten aus 14 Ländern. Es sind dem Bunde 18 Länder mit 43 Landesverbänden und 3¾ Millionen Mitgliedern angeschlossen. Der Anschluss des grossen amerikanischen Maschinenbauerverbandes mit 350,000 Mitgliedern ist besonders bedeutungsvoll und lässt erwarten, dass es den Bemühungen des Sekretärs im Verein mit den englischen Genossen vom I. M. B. gelingen werde, weitere der grossen amerikanischen Verbände anzuschliessen. — Dem Bunde ist tatsächlich, trotz gegenteiligen Behauptungen, der russische M. A. V. nicht angeschlossen; laut Beschluss des letzten Kongresses in Kopenhagen können der Dritten Internationale angeschlossene Verbände nicht Mitglieder des Bundes sein, da sich dieser entschieden auf den Boden der Amsterdamer Internationale stelle. Spanien und Rumänien gehören zur Dritten, Bulgarien gab keine Antwort, mit Jugoslavien gingen die Verbindungen verloren. Der provisorische Sekretär, Ilg (Schweiz), betont, dass die Nichtanerkennung der Beschlüsse und Satzungen des Bundes durch die Russen die Aufnahme derselben verunmögliche. Aus dem Bericht des Sekretärs ist ersichtlich, dass in allen Ländern gegen die Reaktion, gegen Lohnabbau und Versuche auf Arbeitszeitverlängerung angekämpft werden musste; die erbittertsten Kämpfe wurden durch Geldsammlungen international gestützt. — Die provisorische Verlegung des Bundessitzes von Deutschland nach der Schweiz erfolgte, um die durch den Krieg entstandenen Gegensätze im Bund auszugleichen und das gegenseitige Vertrauen wieder herzustellen. Dieses Werk der Aufrichtung hat im Berichtsjahre grosse Fortschritte gemacht. Ilg betont, dass in mehrfacher Beziehung der Bund ausgestaltet werden müsse: *technisch* durch Schaffung eines Informationsdienstes über die Arbeitsverhältnisse und Kämpfe in den einzelnen Ländern, um den Behauptungen der Unternehmer aller Länder, gerade ihre Arbeiterschaft arbeite teurer und weniger lang als die anderer Länder, entgegenzutreten, — *geistig* durch Anerkennung des Grundsatzes, dass die blosse gewerkschaftliche Betätigung nicht genüge, sondern die politische Macht erobert und die Produktion übernommen werden müsse, — *finanziell* durch Erhöhung der ordentlichen und Festlegung von ausserordentlichen Beiträgen zur Finanzierung von Grosskämpfen wie die Erhaltung der 48stundenwoche. Die *Statutenrevision* hat diesen Erwägungen Rechnung getragen, als Zweck u. a. festgelegt, «die Arbeiterschaft für die Uebernahme der Produktion vorzubereiten», als ordentlichen Jahresbeitrag pro 1000 Mitglieder einen Tagesverdienst, im Maximum 15 Schilling Lst. und als Extrabeitrag pro Mitglied und Jahr einen Stundenlohn festgesetzt.

Ein Antrag Merrheim (Frankreich), der die Russen indirekt einladen will, sich zur Aufnahme in den Bund anzumelden, wird gegen die Stimmen einzelner romanischer Delegierter abgelehnt. Der Antragsteller selber erklärt, hierbei nicht an Verhandlungen mit den russischen Diktatoren, sondern an die Möglichkeit gedacht zu haben, dass sich ein menschewistischer Verband anmelden werde. — Gegen die Verweigerung der Einreisebewilligung der schweizerischen Behörden gegenüber der in Berlin verhafteten *russischen Delegation* wird ein energischer Protest erlassen; der Sekretär hatte alles getan, um allen die Einreise zu ermöglichen. Zugleich wird aber auch auf die gleiche Haltung der russischen Sovietregierung gegenüber Delegierten der Amsterdamer Richtung hingewiesen. — Der Kongress bestätigt den frühern Beschluss betr. Nichtaufnahme von der Dritten angehörenden Verbänden. — Einer von der österreichischen Delegation eingereichten Resolution gegen die zweifelhafte Art der Amnestie der ungarischen Regierung gegenüber ungarischen Revolutionären wird allseitig zugestimmt und gegen die Bestimmung, dass die Begnadigten dauernd und unbedingt in Russland Aufenthalt nehmen müssen, protestiert. — Zur *Arbeitszeitfrage* wird eine Entschliessung angenommen, in der die Arbeiter aller Länder aufgefordert werden, sich die Arbeitszeit nicht verlängern zu lassen. Die 48stundenwoche soll als Maximum gelten. Der Kongress sieht in der Leistung von Ueberstunden, soweit sie nicht in der Folgezeit durch entsprechende Freizeit abgelöst werden, eine grosse Gefahr für den Achtstundentag. Zur Krisis Stellung nehmend, fordert der Kongress die Verbände auf, eine systematische Aufklärungsarbeit für die Notwendigkeit der Ablösung der kapitalistischen Wirtschaft durch die sozialistische vorzunehmen.

Den Höhepunkt erreichte der Kongress in der Debatte über die *Friedensfrage*. Die amerikanischen Maschinenbauer hatten einen Antrag eingereicht, in der eine Vereinbarung über die Bekämpfung künftiger Kriege gefordert wurde, die Italiener forderten die Verweigerung der Herstellung von Kriegsmaterial und die Umwandlung der Kriegsindustrie in Friedensindustrie.